

EKUADORS „BÜRGER- REVOLUTION“ VOR DEM STRESSTEST

**DAS POLITISCHE PROJEKT RAFAEL CORREAS
ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT**

Berthold Weig

Am Abend des 26. April 2009 war der Präsident Ekuadors an seinem wichtigsten Etappenziel angelangt. Mit 52 Prozent der gültigen Stimmen gelang ihm die Wiederwahl ins Präsidentenamt. Hinter ihm und hinter dem Land liegen zweieinhalb Jahre Dauerwahlkampf. Zweieinhalb Jahre der Verkündung eines neuen politischen Projekts, einer „Neugründung“ des Landes und einer Etablierung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. All dieses eng verbunden mit nur einem Namen: dem des Präsidenten Rafael Correa.

Nun, da sich das politische Schlachtgetöse zunächst gelegt hat und die Ergebnisse der umfangreichen Präsidentschafts-, Parlaments-, Regional- und Kommunalwahlen feststehen, ist es an der Zeit, nachzufragen, wie der Stand des ambitionierten politischen Projektes denn tatsächlich ist.

WAHLERGEBNISSE

Zunächst zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Die Präsidentschaftswahlen wurden vom Amtsinhaber Rafael Correa mit 52 Prozent gewonnen. Auf Platz zwei und drei folgen Lucio Gutiérrez vom Partido Sociedad Patriótica, PSP, mit 28,2 Prozent und Alvaro Noboa mit PRIAN (Partido Renovador Institucional Acción Nacional) mit 11,4 Prozent der Stimmen. Die übrigen fünf Bewerber vor allem aus dem linken Teil

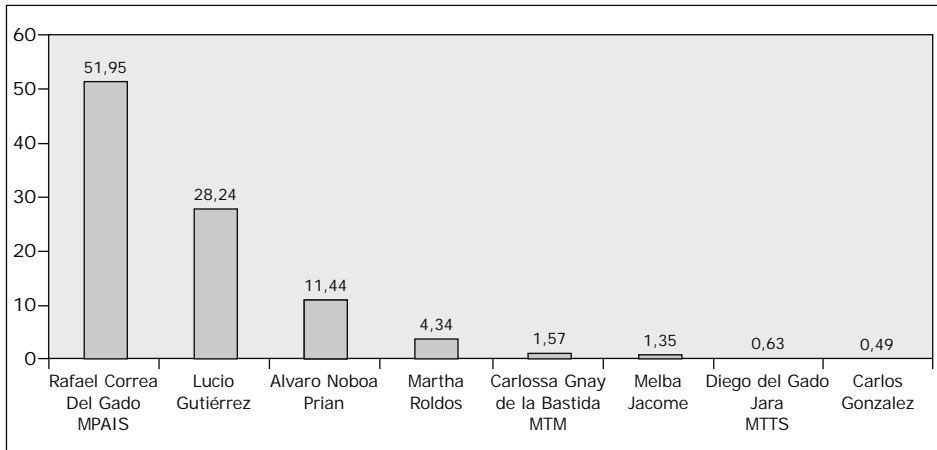


Dr. Berthold Weig ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Quito, Ekuador.

Mit seiner Wiederwahl im April des Jahres hat Ekuadors Präsident Rafael Correa sein wichtigstes Etappenziel erreicht. In zweieinhalb Jahren Wahlkampf versuchte er die Bürger für seine Vision eines neuen Wirtschaftsmodells, einer Verankerung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, gar einer kompletten Neubegründung des Landes zu gewinnen. Doch die Substanz des „politischen Projekts“ des starken Manns in Quito ist mehr als zweifelhaft.

des politischen Spektrums hatten mit ihren Resultaten keinen Einfluss auf den Wahlausgang.

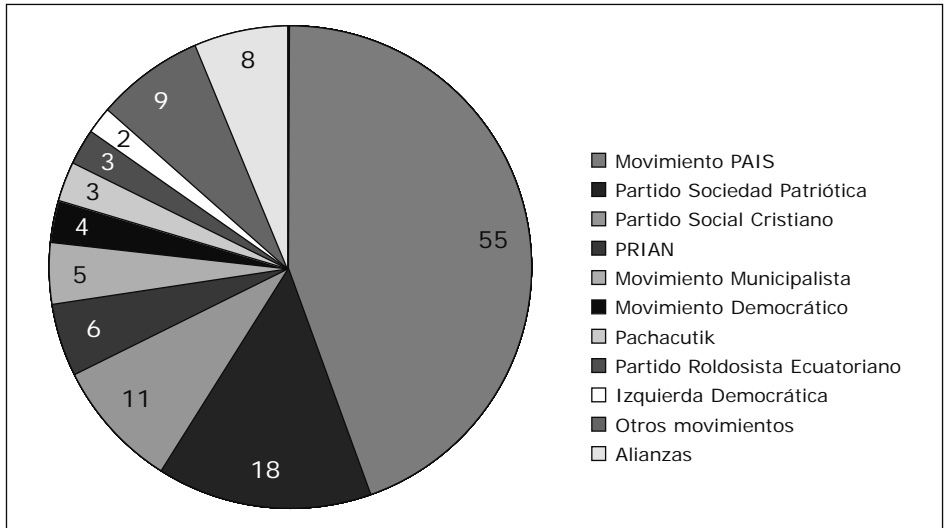
PRÄSIDENTSCHAFT



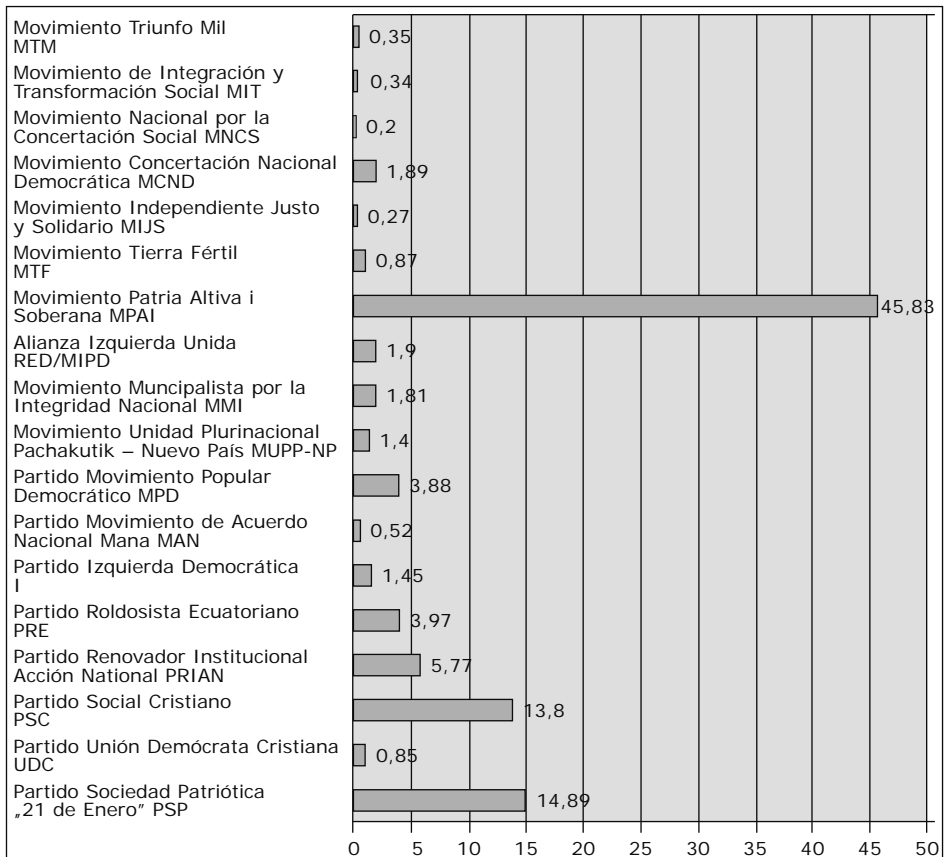
Die Auszählung hinsichtlich der Zusammensetzung der Asamblea Nacional zog sich in Teilen sehr hin, zum einen wegen beständiger Vorwürfe der Wahlfälschung (in der Provinz Guayas wohl auch mit ernstem Hintergrund), zum anderen wegen technischer Unzulänglichkeiten und fehlender Kenntnisse der Beteiligten zum Wahl- und Auszählungsmodus. Es grassierten Gerüchte über Wahlfälschungen seitens der Regierung.

Correa hat sein Ziel einer eigenen absoluten Mehrheit für seinen Movimiento PAÍS (Patria Altiva y Soberanía) in der neuen Asamblea Nacional klar verfehlt. Mit 55 Sitzen reicht es zwar zu einer relativen Mehrheit bei insgesamt 124 Sitzen, aber für das angekündigte politische Programm des Präsidenten ist das zu wenig. PSP und PRIAN sind die stärksten Oppositionskräfte mit 19 und sechs Sitzen. Hinzu kommt die christlich-soziale Partei PSC mit elf Sitzen. Correa ist also im neuen Parlament auf Allianzen angewiesen. Die weitere Sitzverteilung zeigt die Grafik.

**SITZVERTEILUNG ASAMBLEA NACIONAL
(124 ABGEORDNETE)**

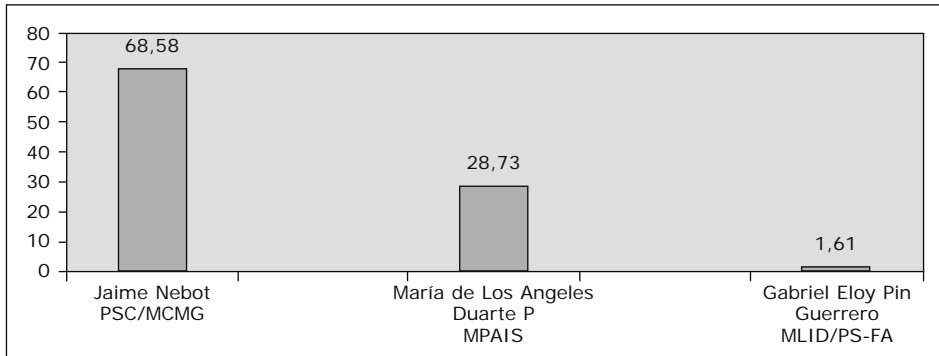


ASAMBLEISTAS NACIONALES (ABGEORDNETE)

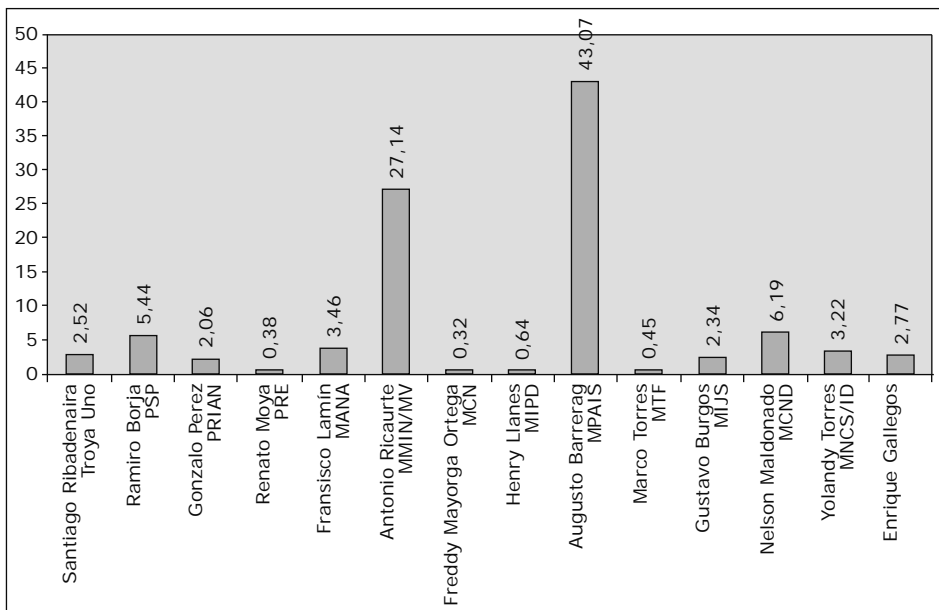


Die drei großen Städte Ekuadors votierten in den Wahlen zur Alcaldía (Bürgermeister) wie folgt: In der Hauptstadt Quito gewann mit deutlichem Vorsprung der Kandidat von MPAIS, Augusto Barrera mit 43 Prozent. In Guayaquil siegte souverän Jaime Nebot vom PSC als Kandidat der Opposition mit 68 Prozent. Die drittgrößte Stadt Cuenca wiederum ging mit 50 Prozent an die Regierungspartei.

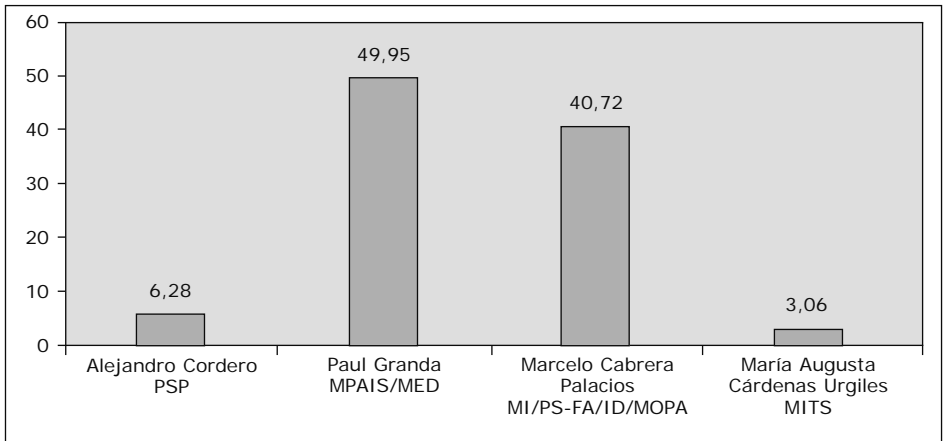
BÜRGERMEISTER VON GUAYAQUIL



BÜRGERMEISTER VON QUITO



BÜRGERMEISTER VON CUENCA



Bezieht man nun auch die ungültigen Stimmen mit ein, so wird schnell deutlich, dass Rafael Correa in der ecuadorianischen Bevölkerung an Rückhalt verloren hat. Umgelegt auf den Gesamtanteil möglicher Stimmen erreicht er noch ca. 41 Prozent Zustimmung im Land. Das ist bezogen auf die Wahlen in den 30 Jahren zuvor ohne Zweifel ein guter Wert. Es muss jedoch für ihn selbst vor dem Hintergrund seiner Bemühungen in den vergangenen zweieinhalb Jahren eine Enttäuschung sein. Besonders auch mit Blick auf die bei Correa verhasste Opposition, insbesondere des PSP unter Führung von Lucio Gutiérrez und des PRIAN unter Führung von Alvaro Noboa, die es zusammen immerhin auf einen Stimmenanteil von 40 Prozent bringen. Das war im Vorfeld der Wahlen nur von wenigen Analysten erwartet und prognostiziert worden. Und damit muss die politische Opposition – gleich wie man sie bewerten mag – im politischen Spiel in Ekuador wieder ernst genommen werden. Trotzdem hatte Correa in den Tagen nach den Wahlen kategorisch ausgeschlossen, mit den Oppositionsführern Gutiérrez und Noboa auch nur zu reden. Allein mit dem eindrucksvoll im Amt des Bürgermeisters der größten Stadt Ekuadors (3,5 Millionen Einwohner von insgesamt 13 Millionen im ganzen Land), Guayaquil, bestätigten Jaime Nebot will Correa einen Dialog beginnen. Vermutlich sieht er von Nebot die größte Gefahr für seine Regierung ausgehen.

Die politische Opposition muss – gleich wie man sie bewerten mag – im politischen Spiel in Ekuador wieder ernst genommen werden.

CORREAS POLITISCHES PROJEKT

Was ist das politische Projekt, mit dem Correa angetreten war und mit dem er über insgesamt fünf Abstimmungen hinweg den großen Zuspruch der Ekuadorianer erhalten hat?

Er versprach in seinem ersten Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2006 eine totale Neugründung des Landes, eine Befreiung von politischem Nepotismus und von der Korruption auf allen Ebenen. Correa versprach seinen Landsleuten einen ebenso neuen politischen Stil. Er eiferte gegen die bestehenden, zu diesem Zeitpunkt auch schon schwachen, politischen und demokratischen Institutionen, gegen Teile der Judikative, gegen die Legislative insgesamt und natürlich zuallererst gegen die „verkommene“ politische Kaste in ihrer „schlimmsten“ Ausformung, die politischen Parteien, die sich des Landes wie eine Krake bemächtigt hätten. Abfällig wird dieser Politikfilz auch *partidocracia* genannt.

Correa gelobte, in all diesen Dingen wirksame Abhilfe zu schaffen. Daher ist nicht nur die breite Zustimmung der Bevölkerung verwunderlich, sondern auch die Tatsache, dass sich auch zügig die (vom Präsidenten selbst betriebene) Gründung einer politischen Bewegung vollzog, die schließlich unter dem Namen Movimiento oder Acuerdo oder Alianza (alle drei Namen sind in der veröffentlichten Meinung in Ekuador gebräuchlich) PAIS firmierte und ihre Unterstützung ausdrücklich Rafael Correa widmete. Er rief eine Bürgerrevolution aus mit dem Ziel, das bisherige demokratische System

Es wurden viele Konzepte entworfen, die über ein diffuses allgemeines Schema nicht hinauskamen, so beispielsweise eine „Economía Solidaria“, die – als neues Wirtschaftssystem angepriesen – bis heute darüber im Unklaren lässt, worum es sich bei diesem neuen Wirtschaftssystem denn eigentlich handelt.

durch etwas zu ersetzen, was bis heute nicht eindeutig definiert ist. Es wurden viele Konzepte entworfen, die über ein diffuses allgemeines Schema nicht hinauskamen, so beispielsweise eine „Economía Solidaria“, die – als neues Wirtschaftssystem angepriesen – bis heute darüber im Unklaren lässt, worum es sich bei diesem neuen Wirtschaftssystem denn eigentlich handelt. Optimisten sprechen davon, dass es eine Neuauflage der sozialen Marktwirtschaft sein

könne. Dabei muss man wissen, dass die soziale Marktwirtschaft in der Verfassung von 1998 als Wirtschaftssystem für den Staat festgeschrieben war, aber niemals zur Anwendung kam. Viele andere stellen sich unter der Economía Solidaria die Wiederbelebung der sozialistisch-kommunistischen Planwirtschaft vor. Dies wäre zum einen kongruent mit dem viel

propagierten System „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, das sich Correa als Grundlage für seine Bürgerrevolution aussuchte. Zum anderen würde es einhergehen mit den wirtschaftlichen Vorstellungen von Teilen der indigenen Bevölkerung.

Tatsächlich ist aber in den zwei Jahren der Regierung Correa realpolitisch kaum etwas geschehen. Vor allem aber lassen sich bemerkenswerte Diskrepanzen zwischen dem radikalpolitischen Diskurs des Präsidenten und seinem pragmatischen Regierungshandeln feststellen.

Wo also steht das Projekt der so genannten Bürgerrevolution?

CORREA UND CHAVEZ – EINE AMBIVALENTE BEZIEHUNG

Bevor die Bürgerrevolution näher betrachtet wird, soll kurz die aufmerksam beachtete Verbindung zwischen den politischen Führungen Ecuadors und Venezuelas betrachtet werden. Denn gemeinhin wird Ecuador in der öffentlichen Meinung beispielsweise in Europa, aber auch in Teilen der veröffentlichten Meinung als williger Vasall von Venezuelas Staatspräsident Hugo Chávez wahrgenommen. Dieser Bezug entstand nicht allein über die Konnotation zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts, sondern über eine diffuse Wahrnehmung, dass Correa ein Gefolgsmann von Chávez sei. Ganz so einfach ist der Zusammenhang aber dann doch nicht. Die von Correa in seinem Land angestoßene Bürgerrevolution hatte in ihrer ersten Phase weniger Einfluss aus Venezuela erhalten als üblicherweise unterstellt wird. Und sie entspringt auch nicht der Konzeption des Sozialismus des 21. Jahrhunderts.

Anders als möglicherweise die Präsidenten der Länder Bolivien und Nicaragua versuchte und versucht Correa einen eigenen Weg zu gehen und sich zugleich alle Optionen offen zu halten. So befinden sich auch kaum so genannte venezolanische oder kubanische Berater im Land. Sehr schnell begriff Correa, dass eine zu enge Anlehnung an Chávez ihm seine Handlungsmöglichkeiten stark einengen würden.

Andererseits vermied er es, die Unterstützung Venezuelas sowohl in politischen als auch in finanziellen Dingen zu verlieren. Lange Zeit beispielsweise weigerte sich Correa, dem von Chávez ins Leben gerufenen Staatenbund ALBA

Lange Zeit weigerte sich Correa, dem von Chávez ins Leben gerufenen Staatenbund ALBA (Alternativa Bolivariana para los Pueblos de nuestra América) beizutreten.

(Alternativa Bolivariana para los Pueblos de nuestra América) beizutreten. ALBA wurde als Konkurrenz zur Organisation amerikanischer Staaten OAS begründet und zählt heute als Mitglieder neben Venezuela noch Kuba, Bolivien, Honduras, Dominika, San Vicente & Granadinas und Nikaragua. Ab dem 29. Juni wird nun auch Ecuador Mitglied im Verbund. Bei der Bekanntgabe der Nachricht kam Chávez seinem ecuadorianischen Kollegen wieder einmal unabgesprochen zuvor – sehr zum Missfallen von Rafael Correa. Einher geht die Beitrittserklärung mit Gerüchten, dass Correa die Präsidentschaft im UNASUR-Bündnis anstrebe und hier selbstverständlich auf die Unterstützung von Chávez angewiesen sei.

Damit zeigt sich, dass das Verhältnis sehr ambivalent ist. Correa versucht Distanz zu Chávez zu halten, macht da Zugeständnisse, wo es ihm unumgänglich erscheint, sucht aber insgesamt seinen eigenen Weg. Das belegt auch, dass zwischen beiden Ländern in den letzten zwei Jahren zwar viele Abkommen unterzeichnet worden sind, tatsächlich aber nur ein Bruchteil davon auch erfüllt wurde. Ob Correa diese Gratwanderung weiterhin gelingen wird, bleibt abzuwarten. Sicherlich werden die Umarmungen seitens Chávez fester werden.

Die Ecuadorianer selbst ziehen eine „Venezolanisierung“ ihres Landes nicht wirklich als drohende Gefahr in Betracht. Ein durchaus beträchtlicher Teil steht einer zu engen Verbindung zwischen Correa und Chávez eher kritisch gegenüber.

Correa will „seinen“ Weg gehen. Dafür scheut er auch nicht vor der Belastung der bilateralen Beziehungen zu den Nachbarländern zurück. Sehr zu spüren bekamen dies neben Kolumbien auch Peru und Brasilien. Und er scheut nicht davor zurück, außenpolitisch zu lavieren, um sich innenpolitisch als „starker Führer“ zu präsentieren und damit den Zuspruch zu seiner Person hoch zu halten. Über manchen Preis, den er dafür bezahlen muss, macht sich Correa erst spät, manchmal zu spät Gedanken, wie die von ihm losgetretene Diskussion über die vermeintliche „Illegalität“ bestimmter Auslandsschulden des Landes und den damit verbundenen De-facto-Ausschluss von den internationalen Kapitalfinanzmärkten gezeigt hat.

DEMOKRATIE UND CAUDILLISMO

Um das Phänomen Correa wirklich verstehen zu können, ist es notwendig, einen Blick auf die jüngere politische Geschichte des Landes zu werfen. Als im Jahr 1979 die Militärdiktatur wieder von einer demokratischen Regierung abgelöst wurde, begann letztlich keine Erfolgsgeschichte. Die letzten 30 Jahre zeigen eine politisch wie demokratisch sehr unruhige Entwicklung, die begleitet war von viel gesellschaftspolitischer und ökonomischer Inkompetenz und Korruption. Politische Parteien versuchten in dieser Zeit zwar immer wieder, sich als programmatische Kräfte zu etablieren, verloren jedoch beständig gegen einen tief verwurzelten politischen Archetypus, den Caudillo. Die Vorstellung eines starken Mannes, der mit einem hohen Maß an Führungsqualitäten dem Land Ruhe und Stabilität bringt, konnte durch keine demokratische Entwicklung aus den Köpfen der Menschen vertrieben werden.

Die Mehrheit der einfachen Menschen wünschte und wünscht sich noch immer – vereinfacht ausgedrückt – einen starken politischen Führer, der ihr ökonomisches Schicksal in seine Hände nimmt und ihr Leben zu einem Besseren wendet. Dafür geben die Menschen ihm uneingeschränkte Gefolgschaft und natürlich ihre Stimme. Dieser unausgesprochene „Vertrag“ hält dann solange, bis die Erwartungen der Menschen erfüllt sind oder eben enttäuscht werden. In den vergangenen 30 Jahren ließ sich in der Regel immer die zweite Variante beobachten. Gerade in den letzten zehn Jahren führte dies dazu, dass kein gewählter Präsident seine Amtsperiode zu Ende bringen konnte.

Jamil Mahuad beispielsweise wurde am 21. Januar 2000 nach zwei Jahren im Amt gezwungen, ins Exil in die Vereinigten Staaten zu gehen, nachdem er den großen Fehler begangen hatte, nicht nur eine Dollarisierung des Landes anzukündigen, sondern vor allem Sparguthaben bis zur Höhe von tausend Dollar einzufrieren. Damit brachte er die Mehrheit der Bevölkerung gegen sich auf und wurde kurzerhand unter Mithilfe der Indígena-Verbände aus dem Amt getrieben. Ironischerweise kann man heute sagen, dass genau die Dollarisierung, welche anschließend vom Vize-Präsidenten Gustavo Noboa in die Tat umgesetzt worden war, dem Land ab dem Jahr 2000 eine bemerkens-

Ironischerweise kann man heute sagen, dass die Dollarisierung, welche vom Vize-Präsidenten Gustavo Noboa in die Tat umgesetzt worden war, dem Land ab dem Jahr 2000 eine bemerkenswerte wirtschaftliche Stabilität brachte.

werte wirtschaftliche Stabilität brachte, indem sie die Inflationsrate auf ein Niveau zwischen zwei und fünf Prozent fallen ließ. Damit konnten Investitionen ins Land fließen, die es u.a. ermöglichten, dass Ekuador seine Armut als eines von nur drei lateinamerikanischen Ländern sogar zu vermindern vermochte. Und dies trotz höchst instabiler politischer Rahmenbedingungen.

Das nächste „Opfer“ war der im Jahr 2002 gewählte Präsident Lucio Gutierrez, ein ehemaliger Armeeoberst. Ihm wurde selbstherrliches Regieren mit stark autokratischen Zügen zum Verhängnis. Als er im Jahr 2005 den Verfassungsgerichtshof entgegen der geltenden Verfassung mit seinen Kandidaten besetzen und damit gleichschalten wollte, gingen die Ekuadorianer wieder auf die Straße, diesmal angeführt von Bürgergruppen und Nichtregierungsorganisationen der Mittelschicht des Landes. Unvergessen sind die Bilder geblieben, als Lucio Gutierrez am 21. April 2005 mit dem Helikopter aus dem Präsidentenpalast ausgeflogen wurde, um ihn vor der wütenden Menge in Sicherheit zu bringen. Von da aus ging es über einen einwöchigen Aufenthalt in der brasilianischen Botschaft in Quito ins brasilianische Exil. Doch noch im gleichen Jahr kehrte Gutierrez nach Ekuador zurück. Die anschließende Übergangsregierung wurde vom bisherigen Vizepräsidenten Alfredo Palacio geführt. In dieser Regierung tauchte zum ersten Mal ein vollkommen neuer Name in der politischen Landschaft auf: für drei Monate wurde der Wirtschaftswissenschaftler Rafael Correa Wirtschaftsminister des Landes. Von diesem Zeitpunkt an begann sein kometenhafter Aufstieg in der Politik.

Correa führte sich nach seiner ersten Wahl zum Präsidenten 2006 aber in bester Caudillo-Tradition in die Politik ein. Unterstützt von Charisma und einer sehr guten Wirkung seines öffentlichen Auftretens gewann er schnell die Zuneigung der Ekuadorianer, da er auf der einen Seite glaubhaft machen konnte, für einen politischen Neuanfang zu stehen, auf der anderen Seite aber den Archetypus des starken Führers zu verkörpern wusste, was eben immer noch mancher Vorstellung entspricht. Für die Durchsetzung und Umsetzung seines Projekts ließ er niemanden an seine Seite und betonte immer aufs Neue, wer im Hause das Sagen hat. So hat er auf seinem Weg prominente Opfer zurückgelassen, allen voran seinen Weggefährten der ersten Stunde und späteren Präsidenten der Verfassungsversammlung, Alberto Acosta.

POLITIKVERDROSSENHEIT ALS BASIS DER BÜRGERREVOLUTION

Ein entscheidender Etappensieg bestand für Rafael Correa im Sieg bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2006 gegen seinen Zweitrundengegner Alvaro Noboa. Noboa gilt als einer der reichsten Männer des Landes, man nennt ihn volkstümlich den „Bananenkönig“. Im Wahlkampf von 2006 bezeichnete er sich selbst als „gottgesandt“ und schürte nicht nur über diese Art der Äußerung bei vielen Ekuadorianern Ängste, dass er das Land so führen würde wie seine Hazienda, dass er das Land als sein Eigentum begreifen würde und dass so alles Mögliche käme, nur sicherlich keine neue Politik. Anders sein Widersacher Correa, der, unbelastet von irgendeiner politischen Vergangenheit, frisch auftrat und dem Land eine Politikwende versprach. Die Ekuadorianer glaubten ihm nur zu gerne, denn tatsächlich waren sie nach langen Jahren des vergeblichen Wartens auf eine Politik für das Land, die den Namen auch verdient, derartig offen und empfänglich für diese ekuadorianische Variante eines später an anderer Stelle ebenfalls sehr erfolgreichen „Yes, we can“, dass die Wahl Correas die logische Folge der Wahrnehmung von vermeintlich vollständig verfehlten Politiken der letzten drei Jahrzehnte war.

Correa trat unbelastet von irgendeiner politischen Vergangenheit frisch auf und versprach dem Land eine Politikwende.

Verfehlt vor allem aus einem entscheidenden Grund heraus: keiner der Vorgängerregierungen war es gelungen, entscheidende Impulse in der Armutsbekämpfung zu setzen. Die soziale Frage wurde zumeist nach neo-kolonialer Attitüde schlichtweg nicht wahrgenommen oder sollte bewusst ignoriert werden. Damit wurde ein entscheidender Bereich staatlicher Politik sträflich vernachlässigt, nämlich die Sozialpolitik. Es gelang also viel zu wenig, die Bevölkerung mehrheitlich in soziale und wirtschaftliche Prozesse einzubinden, die für die Menschen einen Zuwachs an Einkommen und wenigstens an bescheidenem Wohlstand ermöglicht hätten.

Die soziale Schere ging dennoch keineswegs weiter auf, als sie zuvor schon war. Denn die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre war insgesamt positiv und führte zu einer Verminderung von Armut. Dass sich die Armut aber vergrößert habe und dass es vielen Ekuadorianern schlechter ginge als zuvor, das hat Rafael Correa seinen Landsleuten in der Jahre andauernden Wahlkampagne stets suggeriert und als Kern-

botschaft lanciert. Dabei übersah er geflissentlich die nüchternen Wirtschaftsstatistiken, die genau das nicht ausdrückten. Nüchtern sollte man also mehr von einem gefühlten Versagen der „klassischen“ Politik sprechen als von einem durch Fakten nachweisbaren.

Ähnliches gilt für den rein politischen Bereich. Noch heute glaubt ein guter Teil der so genannten „klassischen“ Politik, dass Rafael Correa nicht mehr als ein Unfall der politischen Geschichte sei, ein reines Zufallsprodukt politisch unruhiger Zeiten. Und darin besteht ein zentraler Grund dafür, warum die traditionellen politischen Kräfte in der augenblicklichen Situation des Landes zum Teil keine Rolle, zum Teil nur eine Randrolle spielen. Es wurde nicht nur die Politikmüdigkeit der

Bis heute weigern sich die Akteure, die Gründe für das vermeintliche und tatsächliche Versagen der traditionellen Politik und damit die Gründe für das Phänomen Correa zur Kenntnis zu nehmen.

Menschen falsch eingeschätzt. Bis heute weigern sich die Akteure, die Gründe für das vermeintliche und tatsächliche Versagen der traditionellen Politik und damit die Gründe für das Phänomen Correa zur Kenntnis zu nehmen. Sie liegen in einer in Teilen verfehlten Sozialpolitik, sie liegen zu anderen Teilen in einer ungezüg-

gelten Korruption innerhalb der politischen Kaste (vor allem im Mittelbau), die das Land und seine Ressourcen als Beute ansah und gemäß dem Motto handelt: „Ich bin für vier Jahre gewählt und nun habe ich vier Jahre für meine persönliche Bereicherung zur Verfügung.“ Der in der Öffentlichkeit allgemein wirksame Eindruck, dass Eigennutz immer über dem Allgemeinwohl stehe, brachte schließlich die Voraussetzungen für die so genannte Bürgerrevolution hervor. Dies galt selbstverständlich nicht für alle politischen Kräfte. Aber der in Teilen der Politik produzierte Imageschaden fiel auf alle politischen Kräfte im Land zurück, ohne dass eine notwendige Differenzierung stattgefunden hätte, bzw. diese von interessierter Seite auch nur gewollt wurde.

VERFASSUNGGBENDE VERSAMMLUNG ALS AUSHÄNGESCHILD FÜR DIE NEUGRÜNDUNG DES LANDES

Correa hatte im Wahlkampf 2006 die Einsetzung einer Verfassunggebenden Versammlung als fundamentalen Teil der so genannten Neugründung des Landes versprochen.

Ende November 2007 nahm die Verfassunggebende Versammlung in Ekuador ihre Arbeit auf und fand ihren Ab-

schluss am 26. Juli 2008 mit der finalen Abstimmung über den Text der Verfassung durch die Versammlung selbst. Bemerkenswert war hierbei, dass nach Ende der Beratungen nochmals fünf weitere Textversionen im Umlauf waren mit 70 zum Teil erheblichen Veränderungen gegenüber der „offiziell“ verabschiedeten Fassung.

Die neue Verfassung ist die zwanzigste des Landes und wird nur zehn Jahre nach der 19. Verfassung in Kraft gesetzt. Sie hat mit 444 in etwa doppelt so viele Artikel wie die Vorgängerin. Etwa die Hälfte davon kann als Folgegesetzgebung betrachtet werden. Die entscheidenden juristischen, politischen und wirtschaftlichen Stellen sind äußerst interpretationsoffen, d.h. die Festlegungen werden nicht konkretisiert und ermöglichen für die Folge eine Auslegung nach allen Seiten. Hierin liegt ein hohes Konfliktpotential. Als Beispiel sei die Beschreibung des zukünftigen Wirtschaftssystems genannt, die in der Titulierung einer „Solidarischen Wirtschaft“ gipfelt, ohne eine weitere Konkretisierung vorzunehmen. Es gibt genauso auf Regierungsseite wie in der Zivilgesellschaft ganz unterschiedliche, teils konträre Beschreibungs- und Interpretationsversuche, die vom Sozialismus (des 21. Jahrhunderts) über Soziale Marktwirtschaft bis zum staatlichen Kapitalismus reichen.

Tatsächlich bleibt es, wie alle grundlegenden und relevanten Entscheidungen, dem Präsidenten der Republik überlassen, wie er die Inhalte der Paragraphen interpretieren will – und wird.

KONSTITUTIONELLER HYPERPRÄSIDENTIALISMUS

Der Verfassungstext zeigt vor allem dieses eine auf: die politische Macht des Landes wird in den Händen des Präsidenten konzentriert. Damit wird der Präsidentialismus aus der Vorgängerverfassung von 1998 nochmals überhöht, obgleich es in der Verfassungsversammlung ernsthafte Diskussionen auf ein semipräsidentiales System hin gegeben hatte. Der Präsident erhält die Befugnis, das Parlament aufzulösen, die monetäre Politik des Landes in ihrer Gesamtheit allein zu bestimmen und die Vorgaben für die Planungsprozesse in der Wirtschaft festzulegen. Und er kann selbstverständlich wiedergewählt werden – abgesehen von der Tatsache, dass Correa entgegen der

Der Präsident erhält die Befugnis, das Parlament aufzulösen, die monetäre Politik des Landes in ihrer Gesamtheit allein zu bestimmen die Vorgaben für die Planungsprozesse in der Wirtschaft festzulegen.

geltenden Verfassung ohne vorherigen Rücktritt direkt für eine zweite „erste“ Amtsperiode antreten kann, ohne dass die ersten zwei Jahre seiner Präsidentschaft gezählt würden. Eine einmalige Wiederwahl sieht die neue Verfassung vor.

De facto gibt es keine wirkungsvolle demokratische Kontrollinstanz für den Präsidenten des Landes. Zu vieles wurde im Ungefähren formuliert. Auch wenn im Text die Rechte des Parlaments beispielsweise in Staatshaushaltsfragen gestärkt werden, bleibt der Präsident mehr noch als zuvor die bestimmende politische Figur im Land. Ein als juristische höchste Instanz zu schaffender Verfassungsgerichtshof wird nicht nur mit vom Präsidenten ausgewählten Richtern besetzt, sondern er kann Auflösungsbestrebungen bezüglich des Parlaments nur in einem Fall kontrollieren, für zwei weitere, konstitutionell vorgesehene Auflösungsgründe hat das Gericht keine Möglichkeit der Einwirkung. Damit avanciert der Artikel 148 der neuen Verfassung in seinem Text zwar unauffällig, aber sehr effizient zur Grundlage eines möglichen und wahrscheinlichen Hyperpräsidentialismus und damit zur Grundlage einer intensiven Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten.

Sicherlich ist die Verfassung in ihrer Gänze nach Bereichen zu beurteilen. Hinsichtlich einer Dezentralisierung in Form einer territorialen Neuaufteilung des Landes bietet der Text gute Ansätze. Auch die Stärkung der Zivilgesellschaft über einen verfassungsmäßig verankerten Partizipationsansatz ist zunächst positiv zu werten, läuft aber Gefahr, mit seinen weitreichenden Rechten in der Praxis mehr Probleme als Erleichterung zu schaffen und die schon bestehende Polarisierung der Gesellschaft zu verstärken. Die Aufhebung der „Wächterfunktion“ für das Militär zum Schutz der Demokratie muss ebenso im Sinne der Sicherung demokratischer Fortschritte positiv bewertet werden.

Entscheidend im gesamten politischen Prozess des „Projekts Correa“ ist aber doch Folgendes: Auch die 20. Verfassung – gleichgültig, wie positiv oder negativ man sie bewerten will – wird die konkrete Lebenssituation der Menschen nicht ändern. Der Glaube an die Heilsfunktion einer neuen Verfassung für alle politischen Defizite und Irrtümer, für alles Versagen ist weit verbreitet und wurde wieder einmal politisch hervorragend benutzt. Ob auch diese neue Verfassung ähnlich jungfräulich sterben wird wie ihre Vorgängerin, bleibt ebenfalls

abzuwarten. Sicher erscheint jedenfalls, dass die sozialen und juristischen Konflikte im Land durch sie nicht abnehmen werden, wohl eher im Gegenteil. Denn auch die widersprüchlichen Texte und umfangreichen Rechtsgewährungen werden zur Polarisierung der Gesellschaft beitragen – möglicherweise ganz im Sinne des Urhebers des gesamten Projekts.

Die neue Verfassung, die in einem eigens angesetzten Referendum am 28. September 2008 von etwa 64 Prozent der Bevölkerung angenommen und somit in Kraft gesetzt wurde, macht Ekuador nicht notwendigerweise demokratischer. Im Gegenteil steht weiterhin zu befürchten, dass von interessierter Seite Freiheiten beschränkt und die Macht zentralisiert werden wird. Davon werden die Menschen nicht profitieren.

VERSPRECHUNGEN UND TATEN

Trotz der Versprechungen eines neuen Politikstils und einer Bürgerrevolution bewegt Rafael Correa sich in gleicher Weise durch die Politik wie seine Vorgänger. Er gibt den starken Mann, mimt den Caudillo, der beispielsweise seine Minister vorwiegend öffentlich hart kritisiert, der sich öffentlichkeitswirksam mit seinen Nachbarländern streitet und im Falle Kolumbiens mittlerweile regelrecht befiehlt. Immer aus den Augenwinkeln auf die Wirkung schielend: wird er als starker Mann auch wahrgenommen, ist er damit in der Lage, den Menschen den „Caudillo-Vertrag“ anzubieten: Deine Stimme für dein Wohlergehen. Und bislang hatte sein effizientes Politik-Marketing Erfolg.

Correa gibt den starken Mann, mimt den Caudillo, der beispielsweise seine Minister vorwiegend öffentlich hart kritisiert.

Auch wenn Correa eine neue Politik ausgerufen hat, so handelt er selbst ganz nach den alten Rezepten. Zusammen mit seiner radikalen politischen Rhetorik ist es ihm gelungen, das Land tief zu spalten. Er bemächtigte sich traditioneller Vorurteile, welche zwischen den Küsten-, Berg- und Amazonasregionen bestehen, und polarisierte darüber mit einer nochmals erhöhten Agitation gegen die ja schon schwachen demokratischen und politischen Institutionen. Er beschwor abermals die Illusion herauf, man könne mit einer institutionellen Veränderung den politischen Habitus ändern; und die Mehrheit der Ekuadorianer wollte den Irrtum dahinter nicht sehen. Was hilft es, Institutionen zu verändern, wenn die Akteure dieselben bleiben? Was nützt es, Institutionen einen neuen Anstrich zu geben und in potemkinsche Dörfer einzubauen,

wenn sich das politische Bewusstsein über Gemeinwohl und Eigennutz noch keinen Zoll verändert hat? Was nützt es, wenn der politische Diskurs weiterhin nur vom Lagerdenken, vom Schwarz-Weiß-Denken und von der Radikalisierung beherrscht wird?

Das vielleicht größte Versäumnis in dreißig Jahren Demokratie in Ekuador war, dass Demokratie nicht als ein System der Kompromissfindung zwischen den beteiligten politischen Akteuren wahrgenommen wurde, sondern immer die Absicht bestehen blieb, den politischen Gegner möglichst umfassend und endgültig zu vernichten. Eine Pervertierung des demokratischen Gedankens. Ebenso wird Demokratie nicht als Hort der Bewahrung der Freiheit des Einzelnen verstanden. Die Grundwerte einer funktionierenden Demokratie sind noch immer zu wenig in den Lebensentwürfen der Menschen verankert. Freiheit, Verantwortung, Solidarität und Subsidiarität als tragende Säulen einer Demokratie im Sinne eines Lebenskonzept sind zu wenig verbreitet.

Demokratie wird nicht als Hort der Bewahrung der Freiheit des Einzelnen verstanden. Die Grundwerte einer funktionierenden Demokratie sind noch immer zu wenig in den Lebensentwürfen der Menschen verankert.

Rafael Correa hat daran bislang nichts zum Besseren verändert. Er macht mit denselben Konzepten weiter, die er zuvor selbst scharf kritisierte. Und hierin ist ihm möglicherweise der größte Vorwurf zu machen. Ein Präsident, der sechs Abstimmungen in Folge mehr oder weniger deutlich gewinnt, hätte alle Möglichkeiten in Händen, nicht nur einen tatsächlich neuen Politikstil einzuführen und damit ein neues Bewusstsein der Interpretation von Politik zu schaffen, sondern er hätte für das Land und mit den verschiedenen Gruppierungen und Interessenvertretungen über einen Annäherungsprozess den Ausgleich oder mindestens eine Annäherung suchen können. Stattdessen gelang ihm eine derart tiefe Polarisierung des Landes wie selten einem Präsidenten vor ihm.

PRÄSIDENTENBEWEGUNG MOVIMIENTO PAIS

Naturgemäß bringt eine Entwicklung wie in Ekuador in den letzten Jahren eine neue politische Bewegung mit sich, die wesentlich von ihrem Führer getragen wird. Dies zeigt sich auch darin, dass die Bewegung nicht nur personell, sondern vor allem auch programmatisch mehr als heterogen ist. Movimiento PAIS zeigt sich keineswegs so geschlossen, wie dies vielleicht vermutet werden könnte. Bislang bestand die große

Klammer in der Aussicht auf Machtgewinn und Machterhalt, verbunden mit einem neuen politischen Projekt. Doch immer deutlicher rückt in das Bewusstsein der Parteiaktivisten das Misstrauen, dass es sich womöglich doch nur um einen Politikerwahlverein handeln könnte. Indiz dafür war schon das Zerwürfnis zwischen Correa und dem ersten Vorsitzenden der Verfassunggebenden Versammlung, Alberto Acosta, kurz vor Beendigung der Versammlung im letzten Jahr. Während Acosta noch mehr Zeit für eine gute Ausarbeitung des Verfassungstextes wollte, bestand Correa seinerzeit darauf, die Versammlung, wie im Zeitplan vorgesehen, zu Ende zu bringen und dafür auch zum Teil erhebliche Qualitätseinbußen beim Text in Kauf zu nehmen. An dieser Stelle zerbrach eine zuvor sehr erfolgreiche Allianz zwischen beiden Politikern. Und es begann die Abspaltung eines Teils der politischen Linken und eines Teils der Indígena-Bewegungen vom politischen Projekt Correas. Die ersten Zweifel an diesem Projekt standen somit im Raum, und sie haben sich bis heute eher vergrößert als verringert. Der größte Indígena-Verband von Ekuador, CONAIE, hat sich bereits Mitte 2008 von Correa distanziert. Mit der Verabschiedung eines bei der Landbevölkerung höchst umstrittenen und abgelehnten Gesetzes zum Bergbau hat sich Correa ein weiteres Oppositionspotenzial gegen seine Regierung geschaffen. Vor allem, weil die Bevölkerung in den von Bergbau betroffenen Gebieten kaum ein Mitsprache-, geschweige denn ein Mitentscheidungsrecht hat – was übrigens im krassen Widerspruch zur neuen Verfassung steht.

Der größte Indígena-Verband von Ekuador, CONAIE, hat sich bereits Mitte 2008 von Correa distanziert.

Das alles blieb und bleibt natürlich nicht ohne Auswirkung auf die Bewegung PAIS, die mittlerweile parteiähnliche Strukturen aufweist und zu Recht als politische Partei bezeichnet werden könnte. Denn sie zeigt auch, dass Correa nicht auf eine parteiähnliche Bewegung verzichten kann, die ihn und seine Politik bedingungslos unterstützt. Und damit bewegt sich der Präsident ein weiteres Mal weg von seiner Ankündigung, das traditionelle Parteiensystem zu beenden und stattdessen vermehrt auf direkte Partizipation der Bürger zu setzen.

Beobachter erwarten nun für die Zeit nach den Wahlen eine verschärfte, interne inhaltlich-ideologische Debatte über die politische Ausrichtung von PAIS für die Zukunft. Und diese Debatte muss zwangsläufig nicht immer im Sinne Correas geführt werden.

Davon wird dann auch die parlamentarische Arbeit in der neuen Asamblea Nacional betroffen sein. Dort verfügt M. PAIS zwar über eine relative Mehrheit, aber eben nicht über eine absolute Mehrheit, um alle Gesetzesinitiativen der Regierung Correa ohne weitere Probleme durchzuwinken.

Es wäre darüber hinaus eine große Überraschung, wenn PAIS die kommenden vier Legislaturjahre ohne jegliche Abspaltungen überstehen sollte. Das bedeutet, dass Widerstand gegen Regierungsvorhaben nicht nur aus den Reihen der politischen Opposition kommen muss, sondern nach aller Erfahrung mit ekuatorianischer Politik auch von anderer Seite kommen wird.

PERSPEKTIVEN FÜR DAS POLITISCHE PROJEKT CORREAS UND/ODER DER BÜRGERREVOLUTION

Noch immer kann nicht von der Hand gewiesen werden, dass es sich mehr um ein persönliches Machtprojekt als ein politisches Projekt der Modernisierung handelt. Das jetzige Wahlergebnis bildet die wachsende Skepsis ebenfalls ab. Die Zustimmung zu Rafael Correa ist gesunken, vor allem wenn man sich an die Abstimmung über die Einberufung der Verfassungsversammlung erinnert, die mit 82 Prozent zugunsten Correas ausgefallen war, oder auch an die vorherige Abstimmung über die Annahme des Verfassungstextes, aus der Correa noch mit 64 Prozent hervorging.

Noch hat der Präsident heikle Situationen gut überstanden. Bedenkt man, dass es deutliche und ernste Hinweise auf Wahlkampffinanzierung durch die FARC und von venezolanischer Seite gibt und dass seine Regierung bis in die Ministerebene hinein belegte fortwährende Kontakte mit der FARC-Führung hatte, dann muss man ihm politische Stärke zustehen. Normalerweise genügt schon einer der angeführten Aspekte, um einen Rücktritt zu erzwingen.

Noch wollen die Ekuadorianer an die Versprechungen einer anderen Politik, eines neuen Projektes glauben. Gleichzeitig wächst die Skepsis.

Noch wollen die Ekuadorianer an die Versprechungen einer anderen Politik, eines neuen Projektes glauben. Gleichzeitig wächst die Skepsis, ob sich das Projekt einer Bürgerrevolution, die dem Land wahre Demokratie und

Partizipation bringt, im Grunde doch das persönliche Machtprojekt eines einzelnen Caudillo ist, der die Moderne predigt, aber nach alten Politikmustern handelt.

Zweieinhalb Jahre lang konnte der Präsident mittels eines permanenten Wahlkampfes von dem Fehlen effizienter Regierungsarbeit und guter Regierungsführung ablenken. Er hat sein Machtfundament gebildet und gestärkt. Er konnte seine radikale politische Rhetorik aufrechterhalten – immer mit Verweis auf anstehende Abstimmungen und auf „konterrevolutionäre“ Kräfte aus der Oligarchie heraus, die den Ekuadorianern „ihre“ nun endlich verdiente Bürgerrevolution nehmen wollen.

Die Bürgerrevolution sucht ihr Fundament in dem Glauben an eine partizipative Demokratie, in dem möglichst alle Menschen in Ecuador sich beteiligen und abstimmen können. Dass diese Form ihre Grenzen, und zum Teil auch enge Grenzen aufweist, will zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht richtig wahrgenommen werden. Aber es wird sehr wohl wahrgenommen, wenn das neue Heilsversprechen der partizipativen Demokratie, gegeben aus dem Präsidentenpalast, dann plötzlich umgekehrt vor den Toren des Präsidentenpalastes Halt macht. Wenn all die Gruppen, die Partizipation auch in präsidentialen Angelegenheiten einfordern, dann je nach Situation als „infantil“ oder „kleine extremistische Randgruppen“ beschimpft und nach Möglichkeit auch sofort per Präsidentialdekret aufgelöst werden, wie dies der kleinen Ökoaktivistenorganisation Acción Ecológica widerfahren ist. Ob so der neue demokratische Politikstil aussieht? Es gibt genügend Hinweise aus den letzten zweieinhalb Jahren, dass es wohl so sein wird. Das Projekt einer Bürgerpartizipation steht mehr denn je mit dem Rücken zur Wand und hat eine äußerst ungewisse Zukunft vor sich.

Jetzt aber ist der Zeitpunkt des konkreten Regierungshandelns gekommen. Jetzt muss sich die „Black Box“ Rafael Correa öffnen. Auch wenn er noch in der Wahlnacht seinen Diskurs verstärkte und ankündigte, weiter in Campaña, also im Wahlkampf bleiben und sein Projekt des Sozialismus des 21. Jahrhunderts radikalieren zu wollen. Möglicherweise sind das die letzten starken Töne vor einem sehr nüchternen und aufgabenvollen politischen Alltag. Und es sollte nicht vergessen werden, dass die Opposition stärker sein kann, als dies heute noch den Anschein hat. Der Honeymoon Correas mit seinem Volk geht jedenfalls zu Ende.

Das Manuskript wurde am 19. Mai 2009 abgeschlossen.